

Die Gedanken sind frei

(Trad./Trad.)

Die Gedanken sind frei! Wer kann sie erraten?
Sie fliehen vorbei wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen, kein Jäger erschießen
Mit Pulver und Blei. Die Gedanken sind frei!

Ich denke, was ich will und was mich beglückt,
Nicht alles in der Still' und wie es sich schicket.
Mein Wunsch und Begehren kann niemand verwehren,
Es bleibet dabei: die Gedanken sind frei!

Und sperrt man mich ein im finsternen Kerker,
Das alles sind rein vergebliche Werke,
Denn meine Gedanken zerreißen die Schranken
Und Mauern entzwei: die Gedanken sind frei!

(gekürzte Fassung)

Diese Mechanismen zeigen vor allem fatale Wirkungen im lokalen Bereich stellte Landesvorsitzender Karl Geibel fest. Die Bürger seien zunehmend „lokalpolitischen Machtklumpen“ von Rathaus, Räten, Wirtschaft und Medienunternehmen ausgesetzt. Wirtschaftliche Einzelinteressen werden gesellschaftlichen Allgemeininteressen vorgezogen. In dieser Situation forderte Prantl von den Medienschaffenden mehr „Haltung“: Für etwas einstehen, sich nicht verbiegen lassen, nicht von kurzfristigen Moden, nicht von unrealistischen Gewinnerwartungen.“

Scharf kritisierte Prantl, wie auch der DJV-



Der Vorsitzende der Siebenpfeiffer-Stiftung, Landrat Clemens Lindemann: „Die Presse muss zwingend frei sein“.



Rund 140 Teilnehmer, Journalisten, Politiker und Studenten waren ein wissbegieriges und diskussionsfreudiges Publikum. (Erste Reihe: Dr. Heribert Prantl, Landrat Clemens Lindemann und Historikerin Waltraud Lindemann, 1. Bundesvorsitzender Michael Konken – dahinter SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel – Siebenpfeiffer-Geschäftsführer Dr. Bernhard Becker und SWR-Programmchefin Stefanie Schneider)

Bundesvorsitzende Michael Konken aus Berlin, Bundesregierung und Bundestag, die ein „ungeschriebenes Grundrecht auf Sicherheit“ mit Vorratsdatenspeicherung, Computerdurchsuchung und sonstigen

Überwachungsmaßnahmen über alles stellen. Wie beim jüngsten IT-Gesetzentwurf werde der Eindruck erweckt, man wolle den Staat vor dem Bürger schützen. In Wirklichkeit werde das grundrechtliche Fundament nicht mehr sicherer.

Großer Stellenabbau bei der Handelsblattgruppe Düsseldorf

STUTTGART – Die Verlagsgruppe Handelsblatt (VHP) in Düsseldorf steht vor einem weiteren großen Stellenabbau, nachdem bereits im Frühjahr 40 Mitarbeiter die Zeitungshäuser verlassen mussten.

Nach den Informationen sollen mindestens ein Fünftel der Stellen abgebaut werden. Rund 1.000 Angestellte arbeiten für die VHP, davon 700 am Standort Düsseldorf. Die Zahl der betroffenen Mitarbeiter wird vom DJV Nordrhein-Westfalen auf 150 geschätzt. Beim Handelsblatt sollen 25 Redakteursstellen bis 2010 nicht mehr besetzt oder über Abfindungen aufgelöst werden. Bei der ebenfalls in Düsseldorf erscheinenden Wirtschaftswoche sollen drei Redakteursstellen gestrichen werden.

Überwiegend sind Verwaltungsstellen von den Streichungen betroffen. Dieter von Holtzbrinck hatte die VHP erst kürzlich von seinem Bruder Stefan von Holtzbrinck zurückgekauft, (siehe untenstehende Meldung: „Holtzbrinck-Verlagsgruppe verkauft Zeitungen an früheren Chef“) der dem Familienunternehmen in Stuttgart vorsitzt zu dem auch namhafte Tageszeitungen wie der Südkurier in Konstanz oder Zeitungen in Saarbrücken, Trier, Würzburg oder Cottbus gehören. Dieter von Holtzbrinck, früher Konzernchef hatte die Handelsblattgruppe wieder übernommen, nachdem offensichtlich über deren Verkauf an den Zeitschriftenverlag Gruner+Jahr erwogen wurde. Der wiederum hatte seine Finanz- und Wirtschaftsmagazine wegen der schlechten Geschäftsentwicklung zusammengelegt. Dieter von Holtzbrinck hatte gegenüber der Düsseldorfer Redaktionen noch Ende Juni die Eigenständigkeiten der renommierten Fachblätter und Redaktionen versichert. *kg*

[zurück...](#)

Die Feierlichkeiten der Bundesregierung zum 60. Jahrestag des Grundgesetzes sollten nach baden-württembergischem Muster „Freiheitstag“ heißen, richtigerweise, so Prantl, dann aber „Sicherheitstage“. Diesem Bedürfnis, kommunale und Landesbehörden gegenüber Bürgern und Journalisten abzuschotten, entsprach wohl auch die jüngste Ablehnung der CDU/FDP-Regierungsmehrheit im Landtag gegenüber einem Entwurf für ein Informationsfreiheitsgesetz der Grünen-Fraktion. „Dieses Recht zu wissen“ so Karl Geibel haben bereits der Bund und einige Länder befriedigt. Baden-Württemberg sei in dieser Bürgerrechtsfrage, wie auch in anderen Medienrechtsfragen, Schlusslicht.

Der Vorsitzende der Siebenpfeiffer-Stiftung, Clemens Lindemann, teilte mit, dass die Stätten der revolutionären Ereignisse von 1832 bis 1849 mit einer „Straße der Demokratie“ verbunden werden. Sie führt von Konstanz bis Frankfurt/Main und von Homburg/Saar über Mannheim jetzt neu nach Stuttgart. Die Siebenpfeiffer-Stiftung erinnert an den in Lahr geborenen Juristen und Journalisten Philipp Jakob Siebenpfeiffer, der das „Hambacher Freiheitsfest“ am 27. Mai 1832 mit 30.000 Teilnehmern aus ganz Europa ausrichtete und dafür verfolgt wurde. Diesem Ereignis sind auch die großen Freiheitsstätten in Rastatt und Hambach in der Pfalz gewidmet.



Freiheitslieder 1832-1848, präsentiert von der saarpfälzischen Gruppe „Espe“. Christoph Kleuser (Gitarre), Hans Bollinger (Gitarre) und Thomas Doll (Geige). Alle Fotos: Friedrich Stampe

